



Strassenverkäufer in Abidjan, Elfenbeinküste. Backstuben ersetzen das Weizenmehl angesichts steigender Preise immer öfter mit Maniokmehl.

DIE WELTWEITE ERNÄHRUNGSKRISE

VERSCHÄRFT SICH DRAMATISCH

Explodierende Preise und systemische Risiken bedrohen die globale Ernährungssicherheit.

Weltweit sind die Preise für Nahrungsmittel innerhalb von zwei Jahren um über die Hälfte gestiegen und nun im Zuge des Ukraine-Kriegs förmlich explodiert. Damit sind Lebensmittel vor allem für die 1,8 Milliarden Menschen, die unter der Armutsgrenze leben und mit weniger als 3,20 US-Dollar am Tag auskommen müssen, unerschwinglich geworden. Doch die Ursachen der Ernährungskrise liegen tiefer, als der Ukraine-Krieg vermuten lässt. Gefordert sind langfristige Massnahmen zugunsten einer globalen Ernährungssicherheit.

Nach erheblichen Fortschritten in den letzten 20 Jahren beim Kampf gegen den Hunger hat sich der Trend in den vergangenen Jahren gemäss der Welternährungsorganisation FAO in 20 bis 30 Ländern umgekehrt. Die Zahl der Menschen, die von schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen sind, hat dramatisch zugenommen. Dabei sank die Anzahl unterernährter Menschen von 811 Millionen im Jahr 2005 auf 607 Millionen im Jahr 2014, was Anlass zu Hoffnung gab. Doch seither steigt deren Zahl wieder an: auf 650 Millionen im Jahr 2019 und auf 811 Millionen im Jahr 2020. Die FAO befürchtet, dass es dieses Jahr noch viel schlimmer kommt.

Die Nahrungsmittelkrise ist nicht neu. Die Ursachen dafür sind vielfältig: fragile Nahrungsmittelsysteme, schlechte Regierungsführung, Konflikte und der Klimawandel. Die Pandemie und der Krieg in der Ukraine sind die jüngsten Elemente in dieser äusserst komplexen Gemengelage.

DIE AUSFUHR VON WEIZEN IST

BLOCKIERT

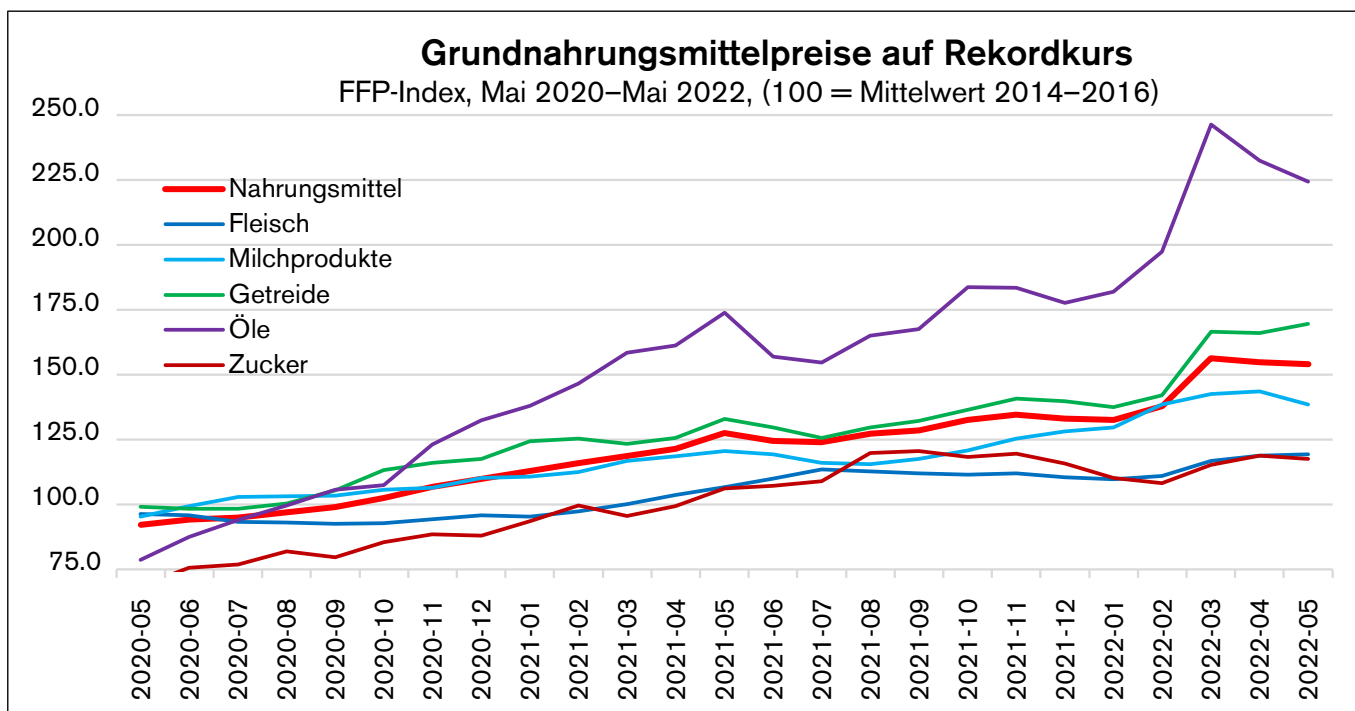
Hunger und Unterernährung nehmen zu, obwohl von globaler Nahrungsmittelknappheit keine Rede sein kann, denn Lebensmittel sind grundsätzlich mehr als genug verfügbar: Die Weizenproduktion ist gemäss FAO-Datenbank zwischen 2000 und 2020 von 585 auf 761 Millionen Tonnen gestiegen. Davon wurden 2020 knapp 200 Millionen Tonnen international gehandelt. Dennoch eskalieren die Preise für Grundnahrungsmittel. Die Gründe dafür sind vielfältig: Im globalen Ernährungssystem sind grosse Exporteure und Importeure, Unternehmen, die mit

Getreide, Saatgut und Agrarchemikalien handeln, sowie die Häfen, durch die die Lebensmittel transportiert werden, aufs Engste verflochten. Eine Störung reicht aus, um dieses System ins Wanken zu bringen – Störungen wie gestiegene Energiekosten, Exportrestriktionen und/oder Transportblockaden, die Monopolstellung weniger Konzerne und nicht zuletzt die Spekulation.

Fakt ist, dass fast ein Drittel des global gehandelten Weizens, knapp zwei Drittel des Sonnenblumenöls und 15% der weltweiten Maislieferungen aus Russland und der Ukraine stammen. Doch wegen des Krieges stocken die Exporte. Russland exportiert in erster Linie in «befreundete Staaten», für andere Länder sind Importe unsicher und teuer geworden. In der Ukraine werden Kornspeicher bombardiert und sind die Häfen blockiert, Seewege vermint und wichtige Anlagen zerstört, sodass Schiffe nicht auslaufen können. Der Transport ist fast völlig zum Erliegen gekommen, lediglich über die Schiene werden noch kleinere Mengen der Vorjahresernte exportiert, was aber angesichts unterschiedlicher Spurbreiten und langwieriger Formalitäten schwierig ist. Schon jetzt ist von einem Rückgang der Exporte aus der Ukraine um 30% auszugehen. Sollten die Kämpfe andauern, könnte der Rückgang auf bis zu 60% steigen.

Mittlerweile wurde die Frühjahrsaussaat in der Ukraine weitgehend abgeschlossen, wobei die Anbaufläche – wegen der Kampfhandlungen oder weil Arbeitskräfte, Maschinen und Treibstoff fehlen – 22% unter dem Niveau von 2021 liegt. In diesem Jahr wird eine Aussaat von 14,2 Millionen Hektar Frühjahrskulturen erwartet, gegenüber 16,9 Millionen Hektar im Vorjahr, und somit ein deutlicher Rückgang der Ernteerträge. Hinzu kommt:

Abb. 1



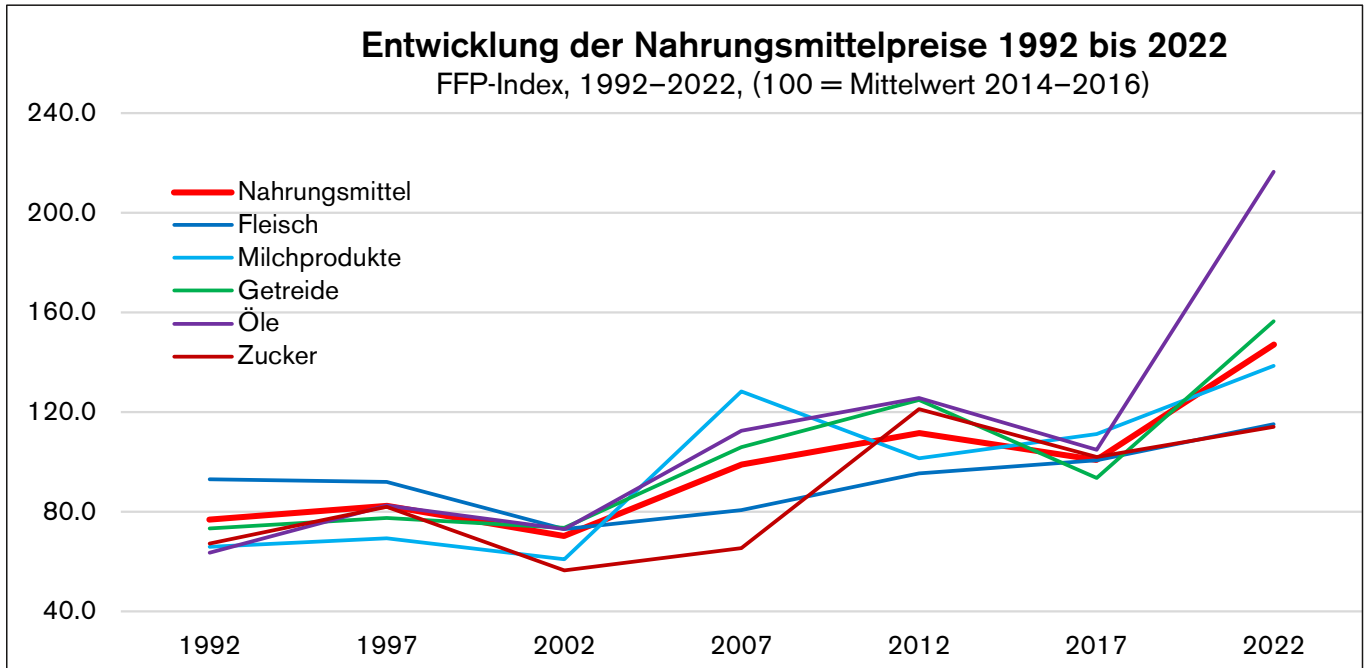


Abb. 2

Zurzeit sind über 10 Millionen Tonnen Weizen gelagert und im Juli steht die Ernte des Winterweizens an. Wird das gelagerte Getreide nicht in den nächsten Wochen transportiert und verarbeitet, wird es bald verderben. Zudem könnte die kommende Ernte von geschätzten 18,2 Millionen Tonnen nicht vollständig eingelagert werden.

DIE NAHRUNGSMITTELPREISE

EXPLODIEREN

Eine Entspannung bei den Preisen ist nicht in Sicht. Der FAO Food Price Index (FFPI), der die Preise für die weltweit am meisten gehandelten Grundnahrungsmittel misst, erreichte im März 2022 einen neuen Höchstwert und ist seither nur leicht gesunken (Abb. 1). Der Getreidepreis stieg zwischen März 2020 und März 2022 um rund 70%. Dass er seither wieder (vorübergehend?) auf den Stand von Ende Februar zurückgegangen ist, begründen Marktbeobachterinnen und -beobachter damit, dass Ägypten den Weizenimport um 500'000 Tonnen pro Jahr senken will. Der Preis für Speiseöle bewegt sich in astronomischen Höhen. In den letzten 30 Jahren hat sich der FFPI verdoppelt (Abb 2).

Die Folgen der immer teurer werdenden Nahrungsmittel treffen Menschen weltweit. In vielen Ländern des globalen Südens geben Haushalte den Grossteil ihres Einkommens fürs Essen aus. Und wer, wie beispielweise in Burkina Faso, Madagaskar, Nepal oder Myanmar, weit über die Hälfte seines Einkommens für Lebensmittel aufbringen muss (in der Schweiz sind es durchschnittlich gerade einmal 9%), hat bei den aktuellen Preisanstiegen kaum noch etwas übrig für Wohnen, Gesundheit oder die Schulbildung der Kinder. Erschwerend kommt hinzu,

dass im globalen Süden selten soziale Sicherungssysteme existieren, die Menschen vor Krisensituationen wie der aktuellen schützen könnten.

Gerade in Afrika, das bis zu Beginn des Ukraine-Kriegs mehr als 40% seines Bedarfs an Weizen aus der Ukraine und Russland bezog, werden die höheren Preise für alle spürbar sein. Am stärksten und unmittelbarsten betrifft dies die Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens entlang des Mittelmeers, die besonders stark von Weizenimporten aus Russland und der Ukraine abhängig sind. Hinzu kommt, dass Bauernfamilien wegen steigender Treibstoffkosten ihre Produkte nicht mehr auf die Märkte und damit zu den Kundinnen und Kunden bringen können. Steigende Saatgut- und Düngerpreise bedrohen die Existenzgrundlage von Landwirtschaftsbetrieben, die darauf angewiesen sind. Ohne Dünger brechen die Erntemengen ein. Armut und Hunger nehmen so weiter zu.

In Helvetas Partnerländern ist besonders die arme Bevölkerung in den Städten, von den steigenden Lebensmittelpreisen betroffen, da sie nicht von eigenem Anbau lebt.



KRISEN VERSTÄRKEN SICH

GEGENSEITIG

Die Verknappung und die extremen Preissteigerungen treffen auf eine ohnehin sehr angespannte Lage: Schon vor der Ukraine-Krise gab es Hungersnöte in Afghanistan, Äthiopien, im Jemen, im Südsudan, in Nordost-Nigeria und Somalia. Die steigenden Lebensmittelpreise haben dort, aber nicht nur dort, verheerende Auswirkungen: Luca Russo, Chef-Analyst für Nahrungsmittelkrisen bei der FAO, warnt, «der Preisanstieg bei Weizen, Mais und Treibstoff bedeutet, dass wir mit demselben Geld viel weniger Hilfe leisten können». Zudem kann die FAO viele Menschen nicht erreichen, weil sie in einem Konfliktgebiet leben. Das Welternährungsprogramm (WFP) musste seine Hilfsrationen für den Jemen bereits reduzieren.

Die Pandemie hat weltweit Lieferketten unterbrochen, die Arbeitslosigkeit vergrößert und die finanziellen Reserven vieler Menschen aufgezehrt. Ungelöste Konflikte im Jemen, in Afghanistan oder in Mali verschärfen den Hunger ebenso wie Heuschreckenplagen und Dürren in Ostafrika. Am Horn von Afrika leiden die Menschen als Folge der Klimakrise unter einer der schlimmsten Trockenperioden seit Jahrzehnten. In Äthiopien, Somalia und im Südsudan haben schon jetzt weit über 40 Millionen Menschen nicht mehr ausreichend zu essen.

Diese Entwicklungen sind explosiv für die ohnehin durch zahlreiche Krisen angespannte globale Ernährungssituation insbesondere in den ärmsten Ländern. Sollte der Ukraine-Krieg noch länger andauern, warnt Luca Russo, werde 2023 ein sehr gefährliches Jahr, insbesondere für Länder, die von Importen aus der Ukraine und Russland abhängig sind, und für Länder, deren Grundnahrungsmittel Weizen und Mais sind.

Die industrielle Landwirtschaft ist anfällig auf Störungen – seien sie klimatisch bedingt oder wegen steigender Preise und unterbrochener Handelsrouten.



© KEYSTONE/AP Photo/Andrie Penner



© Simon B Opladen / HELVETAS

Weil das Geld für Grundnahrungsmittel nicht mehr ausreicht, werden die Portionen kleiner.

Erkenntnisse aus Helvetas Partnerländern

(Umfrage vom Mai 2022)

- Schon vor dem Ukraine-Krieg sind die Nahrungsmittelpreise deutlich angestiegen, besonders für Weizen, aber auch für Speiseöl. Besonders betroffen ist die arme Bevölkerung in den Städten, die nicht von eigenem Anbau lebt.
- Die Verarbeitung von Lebensmitteln wie Reis oder Mais hat sich verteuert; hohe Transportkosten schmälern das Einkommen der Kleinbauernfamilien. Gleichzeitig steigen die Zinsen für Kredite, auf die sie für ihre Produktion angewiesen sind.
- Als Folge des Preisanstiegs bei importierten Düngemitteln geht die Produktivität zurück. Teilweise geben Familienbetriebe die Produktion ganz auf, was die Nahrungsmittelkrise noch verschärft.
- Sinkende Rücküberweisungen steigern die Not. Zudem fehlt Migrantinnen und Migranten, die in ihre Heimat zurückkehren, meist jegliche Perspektive.
- Speziell die Länder des westlichen Balkans haben mit der Ukraine und Russland wichtige Märkte verloren.
- Verschiedene Regierungen subventionieren Weizenprodukte und Treibstoff, nicht zuletzt, um soziale und politische Spannungen zu verhindern.

Länderspezifische Einblicke von Helvetas

(Stand Mai 2022)

In **Bangladesch** sind die Preise der wichtigsten Grundnahrungsmitteln in den vergangenen zwei Monaten um durchschnittlich 15% angestiegen – auf lokalen Märkten weniger als in den Städten. Teurer geworden sind Reis, Speiseöl, Fleisch, Eier, Gemüse, Obst und verarbeitete Lebensmittel. Doch nur Speiseöl ist importabhängig, alles andere wird im Land produziert. Verantwortlich für den Preisanstieg sind vor allem der Ukraine-Krieg, Geschäftskonsortien, saisonal auch der Ramadan und das Eid-Fest. Die verarbeitende Industrie verringert darum die Packungsgrößen oder passt die Stückpreise an. Als Reaktion auf diese Entwicklungen isst die betroffene Bevölkerung weniger nahrhafte Lebensmittel und senkt die Anzahl der Mahlzeiten pro Tag oder die Nahrungsmenge pro Mahlzeit – eine stille Nahrungsmittelkrise. Wer kann, verwendet eigene Ersparnisse oder nimmt Kredite auf.

Nepal ist in hohem Masse von Lebensmittelimporten abhängig. Fast das gesamte rohe Sonnenblumenöl und etwa 80% der Senfkörner, die für die heimische Küche gebraucht werden, werden aus der Ukraine eingeführt. Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Linsen, Weizen und Mehl sind auch wegen der gestiegenen Düngemittelkosten bereits um mehr als 20% angestiegen. Die Kaufkraft der armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen ist drastisch gesunken. Da die Preise für Diesel und Benzin bereits 2021 um mehr als 36% gestiegen sind, ist auch der öffentliche Verkehr deutlich teurer geworden. Nepal ist nun gefordert, vermehrt Produkte im eigenen Land zu produzieren und die Abhängigkeit von Importen zu verringern.

Bolivien importiert mindestens 16 Nahrungsmittel (Weizen, Reis, Mais, Quinoa, Kakao, Kaffee, Äpfel, Bananen, Mandarinen, Ananas, Pfirsiche, Trauben, Zwiebeln, Tomaten, Bohnen und Kartoffeln), obwohl diese mit Ausnahme von Weizen und Reis auch kleinbäuerlich im eigenen Land angebaut werden. Doch die einheimischen Produkte sind für die arme Bevölkerung zu teuer. Der einheimischen Produktion fehlt es an staatlicher Unterstützung, um gegenüber Importen und Schmuggel wettbewerbsfähig sein zu können. Als Reaktion auf die Preissteigerungen verringern auch in Bolivien die Menschen die Anzahl Mahlzeiten pro Tag. Sie ersetzen Fleisch durch Käse und Eier. Dabei wird der Ernährung von Männern und Knaben Vorrang eingeräumt, zum Nachteil der Frauen und Mädchen.

Bauernbetriebe in **Moldawien** waren bisher auf die Lieferung von Betriebsmitteln wie Saatgut, Chemikalien und Düngemittel aus der Ukraine und Russland angewiesen. Mittlerweile beziehen sie diese aus Rumänien oder anderen europäischen Ländern, wo die Preise bis zu viermal höher sind. Ausserdem haben sie ihre traditionellen Absatzmärkte in Russland und der Ukraine verloren. Die grösste Sorge Moldawiens gilt aber einer möglichen Invasion russischer Streitkräfte angesichts der jüngsten Terroranschläge beziehungsweise der Andeutung solcher Anschläge in der Region Transnistrien, die von russisch unterstützten Separatisten kontrolliert wird und in der zusätzlich zum transnistrischen Militär etwa 1500–2000 russische Soldaten stationiert sind. Der grösste Stromlieferant Moldawiens befindet sich dort.

In **Madagaskar** sind die Preise für Importgüter des Grundbedarfs wie Mehl, Öl und Zucker markant angestiegen. Mehl ist 50% teurer geworden. Noch sind keine Güter knapp geworden, für arme Menschen werden sie aber unerschwinglich – vor allem in der Hauptstadt, wo die Inflation am höchsten ist, unter anderem wegen der gestiegenen Transportkosten. Wo Landwirtschaft betrieben wird, ist die Anfälligkeit für Lebensmittelknappheit derzeit nicht ganz so gross. Im Süden des Landes ist die landwirtschaftliche Produktion aber wegen der Überschwemmungen nach zwei Wirbelstürmen und nun verspäteter Regenzeit zurückgegangen. Die Region ist auf importierte Produkte angewiesen, was für die gebeutelte Bevölkerung sehr schwierig ist. Für Juli hat die Regierung angekündigt, die Preise für Treibstoffe zu erhöhen. Das wird zur Folge haben, dass alle Preise, auch die für lokale Produkte, stark ansteigen werden.

Weltweit stützen Regierungen Preise – sei es für Grundnahrungsmittel oder Treibstoffe. Einige Länder gehen weiter: In Laos erwägt die Regierung eine Anhebung der Mindestlöhne, und in **Vietnam** werden die Mehrwertsteuer und die Umweltschutzsteuer auf Kraftstoff gesenkt. **Nordmazedonien** hat die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker, Mehl, Sonnenblumenöl, Milch, Frischfleisch, Reis und Eier auf 0% gesenkt. In **Peru** wird Kochgas für 800'000 arme Familien subventioniert. Allerdings verringern die Subventionen den Handlungsspielraum der Regierung, Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit zu verbessern, und erhöhen die Staatsverschuldung.

WAS DRINGEND ZU TUN IST

Die Komplexität der Ernährungskrise und ihrer Folgen können nur mit gemeinsamen Anstrengungen staatlicher, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure unter Führung der UNO und ihren Fachorganisationen angegangen und gemindert werden. Die Massnahmen müssen kurzfristig wirken, aber gleichzeitig langfristig angelegt sein, um keinen Schaden anzurichten. Kurzsichtige politische Reaktionen können die Preisvolatilität und globale Knappheit verschärfen. Die dramatischen Nahrungsmittelpreis-Anstiege von 2007/2008 und 2010–2012 sowie die jüngsten Erfahrungen mit der Corona-Pandemie haben deutlich gemacht, dass Massnahmen wie Exportbeschränkungen oder die übermässige Einlagerung von Nahrungsmitteln schwerwiegende negative Folgen für die Welternährung haben können.

Gefordert sind vielmehr international abgestimmte Massnahmen zur Überwindung der Ernährungskrise auf der Grundlage der Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). In diesem Sinn ruft Helvetas die Schweiz zu einem glaubwürdigen und fundierten entwicklungspolitischen Engagement auf. Politik und Verwaltung, Privatsektor und Zivilgesellschaft sollen sich die nachfolgenden Forderungen zu eigen machen.

1. Hungersnöte verhindern und humanitäre Hilfe leisten

- Die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft darf nicht nur auf den Ukraine-Krieg ausgerichtet sein, da die Krise in der Ukraine in vielen anderen Teilen der Welt zu grossen Problemen führt.
- Bei den internationalen Hilfsbemühungen dürfen keine gefährdeten Menschen übersehen werden, auch nicht diejenigen in «vergessenen» Konflikten.
- Die Kaufkraft verarmter Menschen muss mit gezielten Geldtransfers verbessert werden. Dies sichert ihre Autonomie und stärkt die lokale Wirtschaft.
- Die wohlhabenden Staaten müssen dem UNO-Welternährungsprogramm genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit es trotz steigender Preise genügend Nahrungsmittel beschaffen und verteilen kann.

2. Die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln in ernährungsunsicheren Regionen sicherstellen

- Die Agrarlieferketten müssen aufrechterhalten und die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln sichergestellt werden (Zugang zu Lagerbeständen, logistische Unterstützung, Finanzierungshilfen).

- In sämtlichen Anbauländern müssen Bäuerinnen und Bauern dabei unterstützt werden, Ernterückgänge zu verhindern, z.B. indem der Zugang zu Saatgut, Dünger und Kraftstoffen für Maschinen und Transport insbesondere für kleinbäuerliche Betriebe erleichtert wird. Parallel dazu müssen Nachernteverluste verringert werden, die durch schlechte Lagerung oder Krankheits- und Schädlingsbefall verursacht werden.
- Exportrestriktionen müssen aufgehoben werden, der Handel mit Nahrungsmitteln, Treibstoffen, Saatgut und Düngemitteln muss weltweit offenbleiben, ohne dass Länder Vorräte anhäufen, so den Markt weiter verknappen und damit die Preise anheizen.
- Die Produktion von Tierfutter und Agrotreibstoffen muss drastisch gedrosselt werden, um mit den so freier werdenden Nahrungsmitteln wie Mais, Weizen, Soja und Pflanzenölen die Ernährungssicherheit in armen Ländern zu verbessern.

3. Nachhaltige Ernährungssysteme aufbauen

- Das globale Ernährungssystem muss in langfristiger und enger Partnerschaft mit allen Akteuren und insbesondere mit den von Hunger betroffenen Ländern weiterentwickelt werden, so dass das Menschenrecht auf Nahrung verwirklicht und Ernährungssicherheit für alle hergestellt werden kann.
- Das entwicklungspolitische Engagement für ländliche Regionen muss mit Bezug auf die Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ausgebaut werden, um die Selbstversorgung im globalen Süden zu stärken.
- Die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen und agrarökologischer Landwirtschaft muss vorangetrieben werden als Alternative zur grossflächigen, exportorientierten Landwirtschaft und zum industriellen Ernährungssystem. Agrarökologie verbindet lokales, traditionelles Wissen mit Erkenntnissen der modernen Wissenschaft. Ackerbau und Viehwirtschaft werden gemischt betrieben, was die Biodiversität, Bodengesundheit, Ernährungsvielfalt und Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft gegenüber Dürre oder Starkregen erhöht.
- Eine starke standortgerechte Landwirtschaft muss den Anbau angepasster und widerstandsfähiger Kulturen und Sorten einschliessen, den lokalen und regionalen Handel mit Nahrungsmitteln fördern und so die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten senken oder zumindest die Importquellen diversifizieren.

QUELLENANGABEN

Aljazeera (2022): Ukraine war 'aggravating' existing global food crisis, UN warns. 03.06.2022. www.aljazeera.com/economy/2022/6/3/ukraine-war-aggravating-existing-global-food-crisis-un-warns

Cicero (2022): Lebensmittelknappheit wegen des Ukrainekriegs – Hungersnöte, Unruhen, Aufstände. 11.03.2022. www.cicero.de/wirtschaft/lebensmittelknappheit-wegen-des-ukrainekriegs-hungersnote-unruhen-aufstaende

Der Spiegel (2022): Die Bomben fallen, die Kurse steigen. Spiegel Wissenschaft. 08.05.2022. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/krieg-und-hunger-die-bomben-fallen-die-kurse-steigen-kolumne-a-2e945dbe-89fb-4e80-b197-1a8ed5a9b7a9>

Destatis (2021): Basistabelle Konsumausgaben privater Haushalte: Nahrungsmittel. 4.10.2021. www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/Tabellen/Basistabelle_KonsumN.html

Development aid (2022): New UN Food Outlook report: World's most vulnerable are paying more for less food. 10.06.2022. www.developmentaid.org/news-stream/post/144736/vulnerable-paying-more-for-less-food?utm_source=Newsletter&utm_medium=Email&utm_campaign=NewsDigest&token=c29690a7-0a00-49f7-8f1f-3c20b5d8c187

FAO (2022a): FAO Food Price Index. 03.06.2022. www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/en/

FAO (2022b): The Importance of Ukraine and the Russian Federation for Global Agricultural Markets and the Risks Associated with the War in Ukraine. Information Note. 10.06.2022. www.fao.org/3/cb9013en/cb9013en.pdf

FAO (n.d.): FAOSTAT. Crops and livestock products. www.fao.org/faostat/en/#data/QLC

Glauber, J. und Laborde, D. (2022): IFPRI-Blog. 12.04.2022. Do No Harm: Measured policy responses are key to addressing food security impacts of the Ukraine crisis. www.ifpri.org/blog/do-no-harm-measured-policy-responses-are-key-addressing-food-security-impacts-ukraine-crisis

GNAFC (2022): Global Report on Food Crisis 2022. Global Network Against Food Crises. 04.05.2022. www.fao.org/3/cb9997en/cb9997en.pdf

Helvetas (2022a): Angriff auf die Ärmsten. Von Patrik Berlinger. 06.05.2022. www.helvetas.org/de/schweiz/was-sie-tun-koennen/dran-bleiben/blog/polit-sichten/ukraine-ern%C3%A4hrungskrise

Helvetas (2022b): Mit Agrarökologie die Ernährungssicherheit verbessern. Von Patrik Berlinger. 10.06.2022. www.helvetas.org/de/schweiz/was-sie-tun-koennen/dran-bleiben/blog/polit-sichten/agrar%C3%B6kologie

IPES (2022): Another Perfect Storm?. International Panel of Experts on Sustainable Food Systems. May 2022. ipes-food.org/_img/upload/files/AnotherPerfectStorm.pdf

Monbiot, George (2022): The banks collapsed in 2008 – and our food system is about to do the same. The Guardian. 19.05.2022. www.theguardian.com/commentisfree/2022/may/19/banks-collapsed-in-2008-food-system-same-producers-regulators?CMP=Share_AndroidApp_Other

R@iffeisen.com (2022): Ukraine. Aussaat läuft in fast allen Landesteilen. 20.04.2022. www.raiffeisen.com/news/artikel/aussaat-laeuft-in-fast-allen-landesteilen-31415367

RedaktionsNetzwerk Deutschland (2022): Ukrainische und russische Grundnahrungsmittel: Welche Staaten sind am stärksten abhängig? 08.06.2022. www.rnd.de/politik/getreide-aus-ukraine-und-russland-welche-laender-am-abhaengigsten-sind-RLS-VG5HT6BGNFLY42P2XZTA4MA.html

Reuters (2022): Putin ally warns agriculture supplies could be limited to 'friends'. 01.04.2022. www.reuters.com/business/putin-ally-warns-agriculture-supplies-could-be-limited-friends-2022-04-01/

Rural 21 (2021): Food system transformation starts and ends with diversity. 30.06.2021. www.rural21.com/english/current-issue/detail/article/food-system-transformation-starts-and-ends-with-diversity.html?no_cache=1

Statista (2022): Erntemenge von Weizen weltweit in den Jahren 2000/2001 bis 2021/2022. 15.03.2022. de.statista.com/statistik/daten/studie/153032/umfrage/erzeugungsmenge-von-weizen-weltweit-seit-1990/

Tagesanzeiger (2022): «Wir müssen von den Hungernden nehmen, um es den Sterbenden zu geben». 08.06.2022. www.tagesanzeiger.ch/wir-muessen-von-den-hungernden-nehmen-um-es-den-sterbenden-zu-geben-824342753246

Welthungerhilfe (2020): Heuschreckenplage in Ostafrika und Südostasien. 12.05.2020. www.welthungerhilfe.de/aktuelles/projektupdate/2020/heuschreckenplage-in-ostafrika-und-suedasien/

Welthungerhilfe (2022a): Mit den Preisen steigt der Hunger. 28.04.2022. www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/position_papers/2022-PolicyBrief_Nahrungsmittel_Preissteigerung.pdf

Welthungerhilfe (2022b): Factsheet Dürre in Ostafrika. 02.05.2022. www.welthungerhilfe.de/aktuelles/publikation/detail/duerre-in-ostafrika/

WFP (2022): Alarmierende Nahrungsmittelpreise durch Ukraine-Konflikt verstärken Hunger in Nahost und Nordafrika. 31.03.2022. de.wfp.org/pressemitteilungen/alarmierende-nahrungsmittelpreise-durch-ukraine-konflikt-verstaerken-hunger#:~:text=WFP%20unterst%C3%BCtzt%20fast%2019%20Millionen,%2D%20ein%20Anstieg%20um%2050%25.

HELVETAS Swiss Intercooperation



Weinbergstr. 22a, PO Box, CH-8021 Zurich
Maulbeerstr. 10, PO Box, CH-3001 Bern
info@helvetas.org, helvetas.org